Vossische Zeitung

I.

16./II. 1916.

Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus

7. Sitzung, Dienstag, 15. Februar.

(Fortsetzung.)

In der zweiten Lesung des Etats wird beim Etat des Staatsministeriums die Erörterung der

Ernährungsfragen

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Hoesch** (Kons.) als Berichterstatter fortfahrend: Die Schweinezucht muß durch billige Abgabe von Futtermitteln gefördert werden. In den Viehhandelsverbänden sollen die Produzenten, die Gemeinden, das Fleischerhandwerk und der legitime Handel Sitz und Stimme erhalten. Zur Bekämpfung der Butterknappheit hat die Regierung durchaus anerkennenswerte Maßnahmen ergriffen, die denn auch schon den Erfolg gehabt haben, daß die Buttereinfuhr auf die Dreifache der Friedenseinfuhr gestiegen ist. Bei der Herstellung von künstlichen Düngemitteln hat unsere Chemie Großartiges geleistet, ja sie hat das Unmögliche möglich gemacht. Es kann uns mit Stolz und Freude erfüllen, daß gerade deutsche Arbeit dies geleistet hat. (Beifall.) Wir bitten die Regierung, daß Kalkstickstoff und Ammoniak, soweit sie nicht zu Heereszwecken gewünscht werden, zu Düngungszwecken freigegeben werden, soweit dies mit den Bedürfnissen der Heeresverwaltung irgendwie vereinbar ist.

Der Redner schließt: Wie in politischen Fragen, so hat auch in wirtschaftlichen Fragen das Abgeordnetenhaus die Stimme des Volkes wiederzugeben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen beherrscht die gleiche Grundstimmung das ganze preußische Volk, nämlich der eiserne Wille, in diesem gewaltigen Ringen bis zum siegreichen Ende durchzuhalten. Die Sorgen, die wir jetzt erleben, müssen wir ummünzen in Vertrauen auf uns selbst und in Vertrauen auf ein gerechtes Geschick der deutschen Nation. (Beifall.) Die gegenwärtige große Zeit wird stets ein Ruhmesblatt für unser Volk sein. Erreichen werden wir das Ziel, dem wir mit ruhiger Gewißheit entgegensehen, freilich nur nach harten Kämpfen und unter weitgehenden Einschränkungen. Auch die wirtschaftlichen Kämpfe mögen für uns alle unter dem Zeichen eines alten guten Bauernspruches stehen, der da lautet: Verzagen ist Unkraut, reißt es heraus! Nur Arbeit, nur Mut baut, ein herrliches Haus! (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Hoff** (Vpt.): Der Berichterstatter verdient für seine große Arbeit die Anerkennung des ganzen Hauses. (Beifall.) 500 000 Quadratkilometer Landes, fast so viel, wie das Deutsche Reich groß ist, haben unsere tapferen Truppen dem Feinde abgenommen, und sie haben die Tore des Orients gesprengt. Wir können nun auch den Lebensmittelspielraum wesentlich erleichtern. Freilich bleibt die Frage der Volksernährung auch weiterhin ernst.

Wenn wir Kritik üben, so bedeutet das keinen Vorwurf gegen unsere Landwirtschaft. Ein Irrtum des Berichterstatters ist es, die erfreuliche Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft erst von der Zeit der Einführung des neuen Zolltarifs ab zu datieren. Sie führt vielmehr zurück bis auf das Jahr 1892, so daß die Aufwärtsbewegung die Caprivische Periode mit umfaßt. (Hört! hört! links.) Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist eben wesentlich eine Frage der Technik, der Düngung usw., und die erhöhten Zölle haben zu einer wesentlichen Steigerung nicht beigetragen. Die Behauptung, daß die sogenannte

bewährte Wirtschaftspolitik

das Vaterland gerettet habe, kann also durch Tatsachen nicht erhärtet werden. (Sehr richtig! links.) Das allzu reichliche Lob, das dieser bewährten Wirtschaftspolitik auch vom Ministertisch gespendet worden ist, beruht auf einer völlig falschen Auffassung der wirklichen Verhältnisse. Nicht nur bei den Erhebungen, über deren Ergebnisse man jetzt so mancherlei hört, sondern auch sonst ist gesündigt worden. Auf mich hat es großen Eindruck gemacht, als der Abg. Marx im Reichstage davon sprach, daß die Kartoffelversorgung im Westen einen Riß zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung erzeugte, der lange nicht zu schließen sein werde. Aber es wäre unrecht, die Landwirtschaft als Ganzes, als Gewerbe, für derartige Dinge verantwortlich zu machen. Im Gegenteil, wir erkennen an, was die Landwirtschaft, und was insbesondere auch die Frauen auf dem Lande unter den schwierigsten Umständen im Kriege geleistet haben.

Die Brotversorgung wurde durch die Umstände in mehr als einer Richtung ungünstig beeinflußt. Durch die Umwandlung der Kriegsgetreidegesellschaft in die losere Organisation der Reichsgetreidestelle ist die Kontrolle über die Einhaltung des Verbotes der Verfütterung von Brotgetreide eine laxere geworden. Dies hat auch Unterstaatssekretär Michaelis im Reichstage zugegeben. In unserer Kommission wurde ausgeführt, daß man es der Bauernfrau nicht verdenken könne, wenn sie ihrem hungernden Vieh Brotgetreide gibt. Menschlich ist das richtig, aber vom Standpunkte der Volksernährung sehr bedenklich. Es wäre außerordentlich gefährlich, wenn auch für die Bewirtschaftung der nächsten Ernte die Kontrolle nicht ausreichen würde.

Bei längerer Dauer des Krieges wird wohl eine

Umstellung unserer Ernährung

in dem Sinne notwendig werden, daß wir mehr zum direkten Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte, wie Brot und Kartoffeln, übergehen, und uns im Konsum von Fleisch etwas mehr einschränken. Ich stimme hierin durchaus mit den vor einigen Tagen geäußerten Ansichten unseres Präsidenten, des Grafen von Schwerin-Löwitz, überein. Wenn das Brotgetreide erst den Umweg über den Tierkörper machen muß, um zur Menschennahrung zu werden, so gehen vielleicht 75 v. H. verloren. Wir haben zu Unterstaatssekretär Michaelis das Vertrauen, daß er im nächsten Jahr für ausreichende Kontrolle nach der Richtung sorgen wird, daß kein Brotgetreide verfüttert wird. Unter tunlichster Erhöhung der Brotration muß die Volksernährung sichergestellt werden. Wir haben einen Antrag nach dieser Richtung gestellt.

Sollte allerdings der Krieg es mit sich bringen, daß die Fleischnahrung dauernd auf das Niveau von 1870 zurückginge, so würde das den Ruin für unsere Landwirtschaft bedeuten, deren Aufschwung großenteils der wachsenden Konsumkraft des deutschen Volkes zuzuschreiben ist. (Zustimmung links.) Hätte man die Schweinepreise noch weiter steigen lassen, so wären unsere Bestände an Brotgetreide noch erheblich mehr angegriffen worden, als es der Fall war. Der Bundesrat darf also von seiner Politik nicht abgehen. Aenderungen könnten höchstens darin eintreten, daß die Besserbemittelten ruhig etwas mehr zahlen können, wenn dadurch billigere Preise für die Minderbemittelten erlangt werden können. Die

Mästung von Schweinen mit Staatshilfe

ist zu begrüßen. Die von den einzelnen Provinzialorganisationen festzusetzenden Fleischpreise müssen so ausgeglichen werden, daß eine unberechtigte Konkurrenz unter den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten im Handel mit Schlachtvieh ausgeglichen wird. Gegen die in Mecklenburg, Bayern und Hessen erlassenen Ausfuhrverbote für gewisse Lebensmittel erheben wir entschiedensten Widerspruch. Sie müßten die Versorgung unserer Großstädte und Industriebezirke gefährden. (Sehr wahr! links.)

Bei der Kartoffelversorgung ist nicht immer mit der Planmäßigkeit und Umsicht verfahren worden, die die Not der Zeit erfordert. Die 44 Millionen Tonnen Kartoffeln sind von der Reichskartoffelstelle nicht wirklich so wie von einem guten Hausvater verwaltet worden. Wenn auch unser in der Kommission gestellter Antrag auf teilweise Beschlagnahme der Kartoffeln abgelehnt wurde, so genügt uns doch die von der Kommission beschlossene Aufforderung an die Regierung, nötigenfalls die Kartoffelversorgung durch rechtzeitige Sicherstellung der erforderlichen Mengen unter Wahrung der Wirtschaftsinteressen der Produzenten zu gewährleisten. Hoffentlich gelingt es durch einheitliches Zusammenwirken, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Höchst bedenklich ist es, daß der Kartoffelhöchstpreis jetzt um 1,25 M. pro Zentner erhöht ist. Was soll man von den Produzenten erwarten, wenn diejenigen, die in gutem Glauben oder aus Patriotismus ihre Kartoffeln billig abgegeben haben, sehen müssen, daß diejenigen, die damit zurückgehalten haben, vom Staate prämiiert werden? (Sehr richtig! links.) Der Möglichkeit der Verfütterung beugt auch die Preiserhöhung nicht vor. Wir werden den Zentrumsantrag, daß die Höchstpreise für Kartoffeln bis zum Frühjahr nicht, und nachher höchstens um einen dem Schwund entsprechenden Betrag heraufgesetzt werden dürfen, zustimmen. Wir beantragen weiter, den Kommissionsbeschluß dahin abzuändern, daß die durch Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise den Gemeinden entstehende Mehrbelastung nicht zu einem Teil, sondern ganz auf Staat und Reich übernommen werde. Brot und Kartoffeln, diese notwendigsten Lebensmittel, müssen im Preise so gestellt werden, daß sie auch von den Minderbemittelten gekauft werden können. Ganz entschieden wenden wir uns gegen die Ausnahme, die die Kommission für „feine Speisekartoffeln" vorsieht. Werden für solche Kartoffeln höhere Preise zugelassen, so wird eben alle Welt nur noch „feine Speisekartoffeln" kaufen können. (Sehr richtig! links.) Die Erfahrung des Vorjahres mit den Saatkartoffeln sollten doch wirklich schrecken. Wenn in der Verordnung irgendeine Ausnahme gemacht wird, so wird es nur noch Kartoffeln dieser Ausnahmesorte geben, und eine völlige Desorganisation des Kartoffelmarktes wäre die Folge. (Sehr richtig! links.)

Die Einschränkung des Rübenbaues war ein Fehler und wir unterstützen alle Bestrebungen, den Zuckerrübenanbau wieder auf die alte Höhe zu bringen. Der Erhöhung des Rohzuckerpreises haben wir nur zugestimmt, um zu einem erweiterten Anbau anzuregen. Eine Erhöhung der Konsumpreise für Zucker darf auf keinen Fall eintreten. Der Gemüseanbau muß so gefördert werden, daß in der Praxis nicht einmal die Höchstpreise erreicht zu werden brauchen. Maßnahmen zur Bekämpfung des übermäßigen Wildschadens hat das Haus in seiner letzten Tagung einstimmig beschlossen. Die Regierung hat diesem Beschluß nicht die Beachtung geschenkt, die er verdient. Ich habe den Eindruck, als ob auf diesem Gebiete nicht energisch genug eingegriffen wird. (Sehr richtig! links.) Der Minister hat in der Kommission gesagt, ihm wären Klagen nicht zu Ohren gekommen. Nun die Kreise, die unter dem Wildschaden zu leiden haben, die Pachtbauern vor allem, dürfen sich über ihre Herren gar nicht beschweren. Wenn der Minister über die wahre Stimmung, die in weiten Kreisen über die Unterlassungssünden auf diesem Gebiet herrscht, richtig unterrichtet wäre, er würde sich eines besseren besinnen. Man hat in diesen Kreisen die Empfindung, als ob deshalb nicht ernsthaft eingegriffen wird, weil das Wohl des Vaterlandes dem Wohl der Standesherren untergeordnet wird. (Sehr richtig! links.) — Unruhe rechts.) Wir haben den Antrag eingebracht, die Regierung möge beim nächsten Etat uns eine Uebersicht darüber vorlegen, wo und in welchem Umfange 1915 und 1916 den Grundbesitzern, Pächtern und sonstigen Nutzungsberechtigten das Recht zugesprochen ist, Wild auf jede erlaubte Weise zu fangen, und wo und in welchem Umfange in der

Kriegszeit auf Eigenjagdbezirken der zwangsweise Abschuß von Hochwild herbeigeführt ist.

Richtig ist, daß die Landwirtschaft über außerordentlich hohe flüssige Kapitalien verfügt. Ein einfacher Mann vom Lande schreibt mir, man merke in der Landwirtschaft nicht viel vom Kriege, man habe sehr viel zu tun und eine gute Einnahme. Wir